

NEUWITTENBEKER DORF-GEFLÜSTER



Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet

119. Ausgabe

Nr. 3 - 2003

26. Jahrgang

Neu geregelt

Eine neue Hauptsatzung und erstmals eine Entschädigungssatzung verabschiedete die Gemeindevertretung in den Sommerpause. Bislang waren die Entschädigungsregelungen (der für die Gemeinde ehrenamtlich Tätigen) in der Hauptsatzung enthalten; seit einer Änderung der Gemeindeordnung dürfen die Entschädigungen in einer eigenständigen Satzung fixiert werden. Neben der Verwaltung hatte die SPD-Fraktion hierzu einen Entwurf präsentiert, modifiziert durch den Finanzausschuss, dem auch die Gemeindevertretung folgte. Ansatz für die Sozialdemokraten war gewesen, eine möglichst knappe Formulierung für diese Satzung zu finden.

Die Gemeindevertretung bestätigte die bisherige „Entlohnung“ der Vertreter mit dem Sitzungsgeld, anstatt einer pauschalen monatlichen Entschädigung wie sie alle anderen Gemeinden im Amtsbereich bevorzugen. Und auch mit dem Vorurteil, das Sitzungsgeld sei die teurere Variante, kann aufgeräumt werden. „Ich gehöre sicher zu den eifrigeren Teilnehmern an Sitzungen“, sagt Bernd Brandenburg; „trotzdem habe ich mit meinen Sitzungsgeldern im gesamten Jahr 2002 nur etwa zwei Drittel von dem erhalten, was ich mit einer monatlichen Pauschalentschädigung hätte bekommen können.“

Weitergehend als bisher erhalten jetzt (aufgrund gesetzlicher Neuerungen) bürgerliche Ausschussmitglieder für die Teilnahme an allen Sitzungen auch dieses Sitzungsgeld. Insgesamt wurde das Sitzungsgeld leicht reduziert (durch Rundung auf einen glatten EURO-Betrag). Deutlicher reduziert wurde die Entschädigung der Fraktionsvorsitzenden.

Beibehalten blieb hingegen die Entschädigung des Bürgermeisters und des Wehrführers mit jeweils dem Höchstsatz nach der Entschädigungsverordnung.

Weshalb sich der Bürgermeister derart bedeckt verhielt auf die Frage, wie hoch seine Aufwandsentschä-

digung sei, ist nicht recht nachvollziehbar. Denn immerhin ist für jeden Interessierten anhand verschiedener Vorschriften offen nachlesbar, was er tatsächlich (brutto) bezieht. Und letztlich hat er auch nichts zu verbergen – denn es bleibt wenig genug!

Gut durch den Winter gekommen

Den I. Nachtragshaushalt 2003 verabschiedete Neuwittenbeks Gemeindevertretung einstimmig. Mit dem Nachtragsetat werden, so erläuterte stv. Finanzausschussvorsitzender Brandenburg, Entwicklungen des laufenden Jahres gegenüber der ursprünglichen Planung haushaltsmäßig nachvollzogen. Im Wesentlichen habe es nur interne Verschiebungen gegeben; das werde durch nur geringe Veränderungen bei den Haushaltssummen belegt. Der Verwaltungshaushalt reduzierte sich um 1.100 € (bei einer Haushaltssumme von 1,2 Mill. €), der Vermögenshaushalt erhöhte sich um 3.000 €.

Insgesamt sei aber die Entwicklung erfreulich, so Brandenburg, da die vorgesehene Rücklagenentnahme um rund 17.000 € niedriger angesetzt werden kann. Neuwittenbek lebt also schon von der Substanz. Der lfd. Verwaltungsbeamte Sothmann verwies in diesem Zusammenhang aber auf Neuwittenbeks „Polster“; denn die Gemeinde habe eine Rücklage von rund 685.000 € (und zusätzlich noch die Sonderrücklage Ortsentwässerung mit knapp 300.000 €).

Trotzdem sollte diese positive Momentaufnahme nicht den Blick auf Risiken verstellen. Denn noch nicht klar ist, wie sich Neuwittenbeks Kindergarten kostenmäßig entwickelt, da sich Kreis und Land aus der Zuschussung deutlich zurückziehen. Und auch die Aktivitäten des Schulverbandes bleiben unklar und könnten zu höheren Folgekosten für Neuwittenbek führen.

Sauberer Strom für Neuwittenbek

Die Neuwittenbeker Gemeindevertretung fasste auf ihrer Sitzung am 30. Oktober einstimmig den Beschluss, künftig 25 % ihres Strombedarfs aus sogenanntem „sauberem“ Strom zu decken. Nach der Kündigung des Vertrages von dem Schleswig-Nachfolger E.ON Hanse AG hatte die Gemeinde die Möglichkeit, sich an einer sogenannten Sammel- oder Bündelausschreibung zu beteiligen. Dies wurde im Finanzausschuss auch zuvor beschlossen, abgelehnt wurde jedoch der Vorschlag von Waltraud Meier, 50% des Strombedarfs aus sauberem Strom (aus sog. regenerativen Energieträgern) zu decken. Zu ungenau waren den Ausschussmitgliedern die zu erwartenden Mehrbelastungen. Die Mehrkosten summenmäßig nach oben zu begrenzen (decken), erschien den Mitgliedern des Finanzausschusses nicht ratsam, da dies aufgrund der Sammelausschreibung schwierig umzusetzen erschien.

Wilfried Johst hatte daraufhin zur Gemeinderatssitzung Informationen eingeholt: So gibt es bei herkömmlichen Stromanbietern bereits die unterschiedlichsten Abrechnungs- und Preismodalitäten. So unterscheiden sich die Anbieter bereits durch die verschiedenen Grundgebühren, einige berechnen zusätzlich Zählergebühren jeweils mit und ohne Leistungsmessung. Einige Anbieter berechnen diese Zählergebühren pro Zähler und andere wiederum pro Abnehmer, unabhängig von der Anzahl der Zähler. In unserer Gemeinde existieren zum Beispiel insgesamt 16 Stromzähler.

Wirrwarr auch bei den Tarifen, d.h. bei den Kosten pro verbrauchter Kilowattstunde: Hier gibt es z. B. jeweils den Hoch- und Niedertarif, den Tarif E, den Tarif „Joker“, Kommunaltarif usw. So ist es unmöglich, die Anbieter nur nach den Kosten pro Kilowattstunde zu vergleichen, das gesamte Angebotspaket sollte betrachtet und ausgewertet werden.

Das gilt ebenso für den sauberen Öko- oder grünen Strom. Hier kommt noch hinzu, dass sauberer Strom nicht gleich sauberer Strom ist. So gibt es Tarife für Strom aus sogenannten Energie-Mixen wie Sonne, Wasser, Wind und Kraftwärmekopplung bis hin zum Strom aus nur einer Energieart wie z.B. Kraftwärmekopplung. Darüber hinaus gibt es Anbieter, die einen Teil des Kilowattstundenpreises für die Neuanlageninvestition verwenden. Je nach Höhe der verwendeten Mittel gibt es auch hier wieder verschiedene Tarife.

Die verglichenen Preise ergaben für die Gemeinde eine finanzielle Mehrbelastung von 10% bis zu über 30% bei voller Versorgung mit sauberem Strom, gemessen an dem Vorjahresverbrauch. Bei einer 25%igen Versorgung wären dies Mehrbelastungen im

günstigsten Fall (10%) von ca. 440 Euro und im ungünstigsten Fall (30%) von ca. 1320 Euro im Jahr, gemessen wiederum an den Vorjahreskosten. Die Mitglieder der Gemeindevertretung folgten dem Vorschlag, 25% des Strombedarfs aus sog. „sauberem“ Strom zu decken, nicht zuletzt, um als Kommune auch ein Signal zu setzen.

Bücher auf Rädern

Eine Vertragskündigung für die Fahrbücherei ist in Neuwittenbek kein Thema. Andernorts sind diese Verträge – teils vorsorglich – gekündigt worden, weil zu hohe Kosten befürchtet werden; denn der Kreis zieht sich teilweise aus der Finanzierung zurück. Eine Mehrbelastung für die verbleibenden Gemeinden wird fraglos kommen. Aber in keinem Gremium der Gemeinde Neuwittenbek wird eine Kündigung der Fahrbücherei diskutiert werden, da fraktionsübergreifend kein Handlungsbedarf gesehen wird. Und die Gemeindevertreter wissen sich durchaus einig mit den Bürgern, wie die parallel laufende Unterschriftenaktion im Wittenbeker Höker zeigt. Alle wünschen einen Fortbestand der rollenden Bücherei.

Impressum

Neuwittenbeker Dorf-Geflüster

Jahrgang 26 Ausgabe 119 3/2003

Herausgeber:	SPD-Ortsverein Neuwittenbek
Redaktion:	Bernd Brandenburg Jochen Habeck (V.i.S.d.P.) Wilfried Johst Waltraud Meier Ekbert Muxfeldt Lothar Thormählen Jürgen Strack
Anschrift:	Knallholt 24214 Warleberg
E-mail:	ndg@spd-neuwittenbek.de
Anzeigen:	Wilfried Johst Knallholt 24214 Warleberg
Druck:	hansadruk, Kiel
Auflage:	550

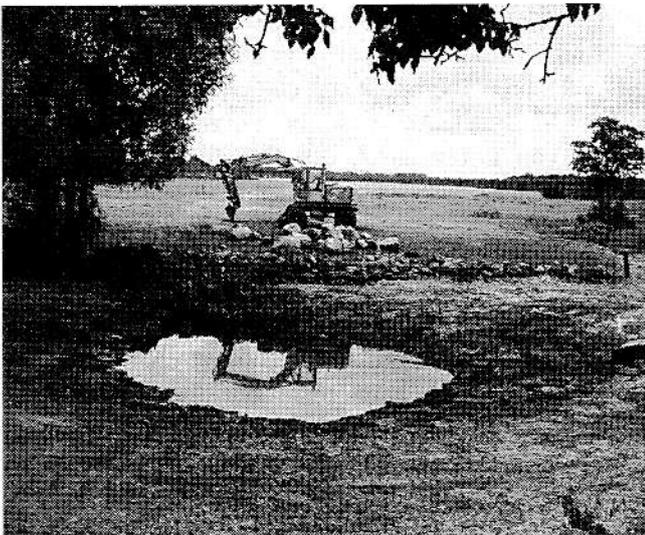
Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung unserer Redaktion dar. Diese behält sich vor, Artikel sinngemäß zu kürzen. Anonym eingesandte Artikel können in keinem Fall abgedruckt werden.

Brammers Teich

So wenig Wasser wie auf diesem Foto hat der Teich auf dem Hof Kruse-Brammer normalerweise nicht. Sonst hätte er in der Vergangenheit nicht Generationen von Neuwittenbekern als Schwimmbad dienen können. Aber der trockene Sommer 2003 hat den Wasserspiegel gewaltig sinken lassen; und das hat Bernd Kruse-Brammer dann ausgenutzt, um den Teich einmal gründlich zu entschlammen. Zuerst mit einer alten Feuerwehrrampe und dann mit dem Bagger hat er den Teich völlig geleert und gereinigt.

Dabei hat sich auch herausgestellt, dass der Teich voll von Fischen war. Ca. 2000 Karauschen von 2 bis 20 cm Länge sind teils als Köderfische an Angler verschenkt, teils in anderen Gewässern unserer Gemeinde wieder ausgesetzt worden.

Der Teich auf dem Hof Kruse-Brammer ist einer der wenigen Teiche in unserer Gemeinde, der in den letzten Jahrzehnten nicht zugeschüttet wurde, sondern im Originalzustand erhalten ist. Bis zum Bau der zentralen Wasserversorgung über den Wasserbeschaffungsverband Osdorf in den Jahren 1978/79 war der Teich auch als Feuerlöschteich wichtig. Und bis in die 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts wurde er von den Neuwittenbeker Kindern und Jugendlichen im Sommer als Badeteich und im Winter als Schlittschuhbahn genutzt.



**Wir sind immer in
Ihrer Nähe. Sie sind
immer gut beraten.**

Holger N. Koch e. K.

Mühlenstraße 5
24214 Gettorf
Telefon (04346) 4303
Telefax (04346) 5040
gettorf@provinzial.de
www.provinzial.de/gettorf

PROVINZIAL

Alle Sicherheit für uns im Norden

Die Versicherung der Sparkassen

Leseratten in Neuwittenbek

Die Fahrbücherei – viele NeuwittenbekerInnen nutzen die große Auswahl und die Beratung durch die beiden freundlichen Mitarbeiter. In einem 3-Wochen Rhythmus ertönt die unverkennbare Hupe an den Haltepunkten, und Groß und Klein, Alt und Jung sucht sich im Bus Bücher, Zeitschriften und Kassetten aus. Das große Interesse bekunden und die Gemeindegremien in der Absicht unterstützen, trotz drohender Kostenerhöhung den Vertrag mit der Büchereizentrale nicht zu kündigen, das wollte eine Frauengruppe mit einer Unterschriftensammlung erreichen. Die Liste wird an den Bürgermeister und den Landrat weitergereicht.

HEIZUNG

Inh. Wolfgang Kaiser

Claudiusstraße 3

24159 Kiel

Telefon (0431) 391127

Krause SANITÄR

ÖL - GAS - FERNWÄRME - FLÜSSIGGAS - BÄDER - KLEMPNEREI

Fragwürdige Regionalförderung

Im August hat Bundesfinanzminister Hans Eichel angekündigt, die Bundesmittel für den Norden der Republik bis Ende 2006 um 41,4 Mill. Euro zu kürzen. Wenn der Bund weniger gibt, kann das Land nur weniger verteilen.

Insgesamt würden, so ließ der schleswig – holsteinische Wirtschaftsminister Rohwer in seiner hauseigenen Presseinformation (29.08. 2003) verbreiten, mit der Streichung der GA-West im Regionalprogramm 2000 des Landes Schleswig-Holstein 30 % der Fördermittel wegfallen. Das wäre für die betroffenen Regionen und Kommunen „ein harter Schlag“.

Trotz alledem hält Minister Rohwer an der Umsetzung seiner Flughafenpläne und der Förderung mit **20. Mill. €** für den Landebahnausbau fest, wohl wissend dass damit andere Förderprojekte noch stärker beschnitten werden müssen.

Minister Rohwer ignoriert damit die Aussagen des **Landesrechnungshofes**, der keinen Ausbaubedarf attestierte, sondern **Verluste** von **30 Mill. €** bis 2021 errechnete, die von der Stadt Kiel und dem Land als (Flughafen-)Gesellschafter zu tragen wären.

Minister Rohwer ignoriert auch die Vorgaben des LandesentwicklungsgrundsätzeG: „Der Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel wird auch künftig die überregionale Anbindung Schleswig-Holsteins auf dem Luftweg sicherstellen. ... Langfristig soll der regionale Linienluftverkehr durch umweltfreundliche Schienenhochleistungssysteme ersetzt werden.“ (§ 10 Abs. 5)

Die KERN-Region (die Städte Kiel und Neumünster sowie die Kreise Plön und Rendsburg-Eckernförde) soll über das Land mit **86,7 Mill. €** gefördert werden, wovon allein **20 Mill. €** für das Projekt „**Ausbau Regionalflughafen Kiel-Holtenau**“ fest verplant sind (Quelle MWTV 12/02), **unabhängig von anstehenden Kürzungen**.

Man kann Minister Rohwer nur nachdrücklich auffordern, sein Festhalten dem umstrittenen Projekt der Startbahnverlängerung umgehend aufzugeben. Eine derartige Politik ist gerade in Zeiten leerer Kassen nicht vermittelbar.

Die SPD des Kreises Rendsburg-Eckernförde hat in ihrem Kommunalwahlprogramm 2003 versprochen, „sich beim Land Schleswig-Holstein dafür einzusetzen, dass die Mittel aus dem Regionalprogramm für den Kreis Rendsburg-Eckernförde nicht gekürzt werden, z.B. zur Finanzierung des Flughafenausbau in Kiel-Holtenau“. Sie ist nun gefordert, diese Aussage umzusetzen.

Keine GA – Mittel mehr

Wie unsere Kreistagsabgeordnete Ursula Schiweck berichtete, hat der Landrat den Kreistag am 29. September darüber informiert, dass es ab 2004 keine GA-Mittel (Fördermittel für Gemeinschaftsaufgaben) mehr gibt. Dadurch ergeben sich erhebliche Finanzierungsprobleme bei ländlichen Strukturmaßnahmen, die über GA Mittel und LSE Förderungen verwirklicht werden sollten.

LSE – Was ist das eigentlich?

Die Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse (LSE) soll die Lebensqualität in den Dörfern und Gemeinden nachhaltig verbessern und weiterentwickeln. Themen wie Tourismus, Integrierte Wegenetze, Kommunale Kooperation, demographischer Wandel und Konversion stehen dabei im Mittelpunkt.

In den neunziger Jahren wurde in Schleswig-Holstein die ländliche Regionalentwicklung neu ausgerichtet. Das war die Geburtsstunde der LSE.

Inzwischen gibt es über 100 LSE-Analysen mit ca. 900 beteiligten Gemeinden im Lande. Jährlich stehen 19 Millionen Euro an öffentlichen Mitteln zur Verfügung.

Die **interkommunale Zusammenarbeit** wurde im Rahmen der LSE Ostsee Ferien Land, mit den beteiligten Gemeinden, Dahme, Grömitz und den Ämtern des Achterlandes Grube und Lensahn, gestärkt.

Die **Stadt-Umland-Kooperation** konnte durch die LSE Verfahren überhaupt erst eingeleitet werden.

In der LSE Fehmarn wurde die **Verwaltungsstrukturreform von unten** durch den freiwilligen Zusammenschluss aller Kommunen zur Stadt Fehmarn möglich. In der LSE Sylt werden solche Themen zur Zeit ebenfalls geprüft.

Fünf **Biogasanlagen** und zwei **Biomasseanlagen** werden als **LSE Projekte** geplant und zum Teil bereits gebaut. Durch die Förderung landwirtschaftlicher Gemeinschaftsanlagen kann nicht nur die Kohlendioxid Emission nachhaltig reduziert werden, sondern auch ein Zusatzeinkommen für die Landwirte erreicht werden.

Die LSE beschäftigt sich auch mit dem **Demographischen Wandel und Soziale Netze**. Es sollen Projekte entwickelt werden, die das soziale Engagement der Bürgerinnen und Bürger zukunftsorientiert neu gestaltet. Beispiel hierfür sind Projekte zur Nachbarschaftshilfe wie „Jung hilft Alt“ und „Mobilbusse“.

In **Neuwittenbek** ist im Rahmen der **LSE MarktTreffs** einer von 13 MarktTreffs entstanden. Hier werden viele Angebote gebündelt, die für die Dörfer wichtig sind: Grundversorgung, private und öffentliche Dienstleistungen und ein sozialer Treffpunkt für das dörfliche Leben.

Coaching + Controlling

Bislang wurde der MarktTreff Neuwittenbek, also auch der Wittenbeker Höker von einem Unternehmensberater betreut („Coaching und Controlling“), finanziert durch das Land. Bei einer Fortsetzung dieser betriebswirtschaftlichen Beratung hätte sich die Gemeinde finanziell beteiligen müssen (im Zeitraum 2004 bis 2006 mit insgesamt rund 5.000 €). Der Finanzausschuss empfahl eine Fortführung für zunächst einmal ein Jahr; die Gemeindevertretung lehnte dies nach längerer Diskussion ab.

B. Brandenburg gab den Diskussionstand aus dem Finanzausschuss wieder. Einig sei man sich gewesen, dass die Beratung durch das Büro bislang nichts gebracht habe. Die Befürworter seien aber der Auffassung gewesen, die rund 300 € könne man im nächsten Jahr ruhig noch einmal riskieren. Die Ablehnenden meinten, das Geld sei auch diesen Versuch nicht mehr wert.

Die „Hökerschen“ sprachen sich ebenfalls gegen eine Zusammenarbeit mit dem Büro aus. Sie wünschten sich vielmehr eine Betreuung durch die Gemeinde, zumindest aber einen Ansprechpartner vonseiten der Gemeinde.

Aber warum ist überhaupt ein solches Beratungsbüro in Neuwittenbek zum Einsatz gekommen? Der Ausbau des Hökers zum MarktTreff ist mit öffentlichen Mitteln gefördert worden. Gefördert wird nur, wenn etwas nachhaltig ist (bleibt). Im Klartext bedeutet dies: wenn der MarktTreff nicht zumindest 12 Jahre betrieben wird, können sämtliche Zuschüsse zurückgefordert werden. Einer Rückforderung der Zuschüsse kann vorgebeugt werden (ohne Garantie), wenn die Gemeinde sich um die Sicherung des nachhaltigen Erfolges bemüht hat, z.B. durch Einschaltung einer Beratungsfirma.



Neues von Höker & MarktTreff

- Der Höker ist seit dem 22.08.2003 durch eine Alarmanlage im Innenbereich gesichert. Nach dem Einbruch im August fordern die Versicherungen eine professionelle Alarmanlage für den gesamten Bereich, die jetzt im November von der Gemeinde am Haus installiert wurde.
- Jeden Donnerstag werden wir von der Kornkraftbäckerei aus Schinkel mit leckeren BIO-Brotten beliefert. Bei besonderen Wünschen, z.B. Kuchen, Olivenbrot oder Brötchen, bitte bis Dienstag bei uns bestellen!
- Der Höker ist mittlerweile zu einem Fundbüro gereift. Wenn sie irgendetwas vermissen, es könnte im Höker sein, z.B. liegt bei uns eine Brille mit schwarzem Rahmen, eine Sonnenbrille...
- Wissen sie eigentlich, dass im Höker Korken abgegeben werden können?!
- Der Felmer Bürgermeister hat uns die „Chronik in Lebensläufen“ zur Verfügung gestellt. Die Umgegendung 1984 ist sicher auch für Alt- und Neuwittenbeker interessant. Unkostenbeitrag: 4,00 €.
- Keine Zeit für den Wochenmarkt? Freitags werden vom Höker Gemüseboxen ausgefahren! Inhalt: BIO-Gemüse in jeder Form. Mut zur Abwechslung! Kleine Boxen kosten 11 € und Familienboxen 21 €. Die Auslieferungsrouten sind: Neuwittenbek – Schinkel – Gettorf – Blickstedt – Altwittenbek. Bestellungen bitte bis Donnerstags im Höker oder telefonisch unter 04346 – 41 25 46.

Die Hökerschen

Emil Sögaard

Fenster, Türen Treppen
Zimmerei und Montagebau



Internet: www.soegaard.de
E-Mail: ftt@soegaard.de
Tel: 04346/8066
Fax: 04346/9962
Bahnhofstr. 22a
24214 Neuwittenbek

Aus dem Wegeausschuss

Im September tagte der Wegeausschuss erstmalig in fast komplett neuer Besetzung unter dem Wegeausschussvorsitzenden Wilfried Johst.

Wirtschaftsweg entlang des NOK

Heißes Eisen war hier wieder einmal der Wirtschaftsweg entlang des NOK. Er ist trotz optimistischer Meldung im Frühjahr doch nicht zur Kirschblüte freigeräumt worden. Das Neuwittenbeker Dorf-Geflüster berichtete unter dem Titel „die Kirschen blühten vergeblich“ darüber. Leider hat die Gemeinde auf die Problembeseitigung keinerlei Einfluss, da sich der Rechtsstreit zwischen der Kanalverwaltung und einer Kabelverlegefirma hinzieht.

Radweg Warleberg - Landwehr

Nicht nur Erfreuliches gibt es zum Radwegebau von Warleberg nach Eckholz zu bereichten, denn das Land hat mittlerweile signalisiert, dass vermutlich kein Geld für den Landesstrassen-Abschnitt von Eckholz nach Landwehr vorhanden ist. Positiv ist jedoch die Kostenübernahme durch den Kreis für die gesamte Baustrecke. Positiv ist ebenfalls die Zustimmung der Unteren Landschaftspflegebehörde zur nördlichen Trasse entlang des Waldes. Jetzt im Herbst soll nach den Angaben des Planers der Abstimmungsentwurf fertig sein, dann erfolgt die Beteiligung der betroffenen Grundeigentümer und der Träger öffentlicher Belange.

Eckholzer Kurve

Erneut hat der Wegeausschuss eine Geschwindigkeitsreduzierung in der Eckholzer Kurve beantragt. Bisher wurden derartige Anträge immer bei den entsprechenden Verkehrsschauen abgelehnt. Doch die Gemeinde will nicht locker lassen, so W. Johst.

Tempo 30 Zone

Ein weiteres Thema war die Problematik hinsichtlich der Tempo-30-Zone vor dem Höker/Feuerwehrgerätehaus. Denn wenn ortsunkundige Verkehrsteilnehmer aus dem Gettorfer Weg kommend nach links in diese Zone einbiegen, ist ihnen nicht bewusst, dass sie sich in dieser Tempo-reduzierten Zone befinden. Auch auf der letzten Gemeinderatssitzung wurde dieses Problem angesprochen. Der Wegeausschuss wird sich dem Problem in der kommenden Sitzung widmen.

Zuständigkeitsverlagerung abgelenkt

Dem Antrag des Straßenbauamtes auf Pflegeübernahme der Baumtore wurde nicht stattgegeben. Ebenso wenig dem Antrag der Wasser- und Schifffahrtsdirektion auf Übernahme des Streu- und Räumdienstes am Radweg bei der Fähre Landwehr.

„Anscheinend sollen hier anlässlich leerer Kassen die Zuständigkeiten nach unten verlagert werden“, so W. Johst.

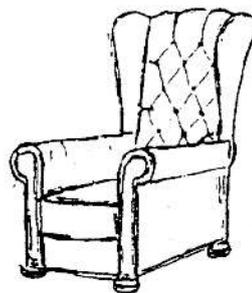


Gardinen - Atelier + Polsterei

Jutta Mannschke

Raumausstatter-Meisterin - Mitglied der Innung

Knooper Weg 109 / Eingang Jahnstraße
24116 Kiel Tel: (0431) 55 34 35



Anfertigung von Fensterdekorationen
und fachgerechte Montage:

Große Auswahl an Dekostoffen und Stores

Lieferung und Montage von Sonnenschutz:
Rollos, Jalousetten, Vertikalanlagen

Aufarbeitung und Neuanfertigung
von Polstermöbeln:

Moderne und klassische Möbelstoffe

Restauration von antiken Polstermöbeln
Polsterung auf Wunsch ohne Kunststoffe

Sögi 's mobile Fußpflege
Sandra Sögaard

24214 Neuwittenbek
Tel.: 0 43 46 / 80 66



Fortsetzung: Aus dem Wegeausschuss

Zugewachsene Radwege

Zum Dauer-Ärgernis entwickelt sich mittlerweile das verspätete Mähen der Banketten entlang der Rad- und Gehwege. In diesem und auch bereits im Vorjahr waren diese durch den starken Bewuchs nur eingeschränkt zu nutzen, und erst nach telefonischer Aufforderung kam die Straßenmeisterei ihrer Pflicht nach. Nach Auffassung des Wegeausschussvorsitzenden liegt es an der Vergrößerung der Zuständigkeitsbereiche der Straßenmeistereien. So ist nach der Schließung des Gettorfer Standortes jetzt die Straßenmeisterei Eckernförde zuständig. Da der Bewuchs überall zur gleichen Zeit zunimmt, die Mitarbeiter jedoch

nicht überall zur gleichen Zeit tätig werden können, wird es diese Engpässe auch weiterhin geben. Maßgeblich mitentscheidend ist der aus Kostengründen mit den Standortschließungen einhergehende Personalabbau.

Kommentar

Die Kassen werden knapper, es ist nicht zu übersehen. Gewohnte Leistungen werden eingeschränkt oder Zuständigkeiten kurzerhand auf andere abgewälzt. Viele Ärgernisse im täglichen Leben sind mit den leeren Kassen zu erklären. Klar, dass die Bedürfnisse und Gewohnheiten überdacht werden müssen angesichts dieser Entwicklung. Doch sicherheitsrelevante Dinge dürfen hierunter nicht leiden. Ärgerlich genug ist schon, dass für Radwege an gefährlichen Strecken anscheinend das Geld fehlt. Um so ärgerlicher kann man aber werden, wenn zum Beispiel das Freischneiden von vorhandenen Rad- und Gehwegen aus Kostengründen unterbleibt. Und die Entwicklung wird sich angesichts noch knapper werdender Kassen fortsetzen. Und wenn dann trotz dieser finanziellen Lage auch noch Prestigeobjekte wie der Ausbau des Kieler Flughafens vorangetrieben werden, reibt man sich schon die Augen. Denn für die Finanzierung werden die Mittel für sogenannte Gemeinschaftsaufgaben gekürzt, eben jene, die für oben beschriebene Maßnahmen verwendet werden. Paradox: Mit dem Flieger kann man für schlappe 20 Euro auf einen Kaffee nach London fliegen, nur mit dem Rad kann man vor der eigenen Türe nicht mehr fahren.

W. Johst

hansadruck

die druckerei in der hansastraße 48

hansasträße 48 24118 kiel fon 0431 564559 fax 0431 577233
hansadruck@t-online.de www.hansadruck.de

Personalien

Im Sommer feierte der Neuwittenbeker **Friedrich Jochimsen** seinen 75. Geburtstag. F. Jochimsen war seit 1955 der letzte Amtsschreiber des Amtes Neuwittenbek (das entspricht dem heutigen lfd. Verwaltungsbeamten), zugleich auch der Standesbeamte (seit 1964) bis zur Auflösung des Amtes Neuwittenbek im Jahre 1970. Danach war er der Stellvertreter des Leitenden beim neu gebildeten Amt Dänischer Wohld (bis zu seiner Pensionierung).

Die Gemeindevertretung hat – obwohl dies auch der Sozialausschuss hätte entscheiden können – einvernehmlich die drei Vertreter im Kindergartenbeirat bestimmt: **Annett Petersen, Caren Dircks** und **Dirk Uecker**. Dem Kindergartenbeirat gehören je drei Vertreter der Mitarbeiter, der Eltern und des Trägers der Einrichtung, also der Gemeinde an.

Die Landsmannschaft Pommern in Eckernförde bestimmte in diesem Jahr Gabriele und **Jan-Berend Schmidt** (vom Neuwittenbeker Annenhof) zum Kronenbauernpaar.

Der 1987 im Jahrbuch der Heimatgemeinschaft Eckernförde abgedruckte Aufsatz „Die Umgemeindung des Ortsteils Altwittenbek“ des Warlebergers **Bernd Brandenburg** ist in leicht gekürzter Version („Die Umgemeindung Altwittenbeks aus historischer Sicht“) aktuell in der Festschrift der Gemeinde Felm zu deren 75jährigen Bestehen erneut abgedruckt worden. Die Festschrift kann auch im Wittenbeker Höker erworben werden.

Ende Oktober tagten erstmals die vier Arbeitsgruppen des neuen, Gemeinde übergreifenden Förderprojekts, der LSE Dänischer Wohld. Vorsitzender der Arbeitsgruppe Natur und Wegenetz ist der Neuwittenbeker **Jan-Berend Schmidt**.



Dächer und
Fassadenbekleidungen
von Ihrem Dachdeckermeister

Hans-Herbert Wenzel

Mitglied der Dachdeckerinnung Flensburg-Schleswig-Eckernförde

**Erstellung von Dachgauben
Dachbodenausbau
Einbau und Austausch von
Dachflächenfenstern
Solarthermie - Anlagen
Dachrinnen und Fallrohre
in Kupfer und Zink**

Haben Sie noch Fragen?
Rufen Sie uns an, wir beraten Sie gern!

Ravensberg 22
24214 Gettorf

T: 0 43 46 / 41 24 27

F: 0 43 46 / 41 24 28

www.dachdeckerei-wenzel.de



Ende November geht eine Institution des Neuwittenbeker Kindergartens in den verdienten Ruhestand. **Bärbel Thams**, die seit der Eröffnung des Kindergartens im April 1974 dort beschäftigt ist, hört auf. Sie wird von vielen Kindern vermisst werden, aber auch ihr selbst fällt der Abschied nach fast 30 Jahren sehr schwer.



der mauerwerksdoktor

ms-meisterbau

mario siemonsen

westerschauer weg 8

24360 barkelsby

Telefon : 04351/82020

www.ms-mauerwerksdoktor.de

Wir führen für Sie aus

- Kellertrockenlegung mit 5 Jahren Gewährleistung
- An- und Umbauten
- Reparaturarbeiten am und im Haus
- Fassadensanierung
- Graffitientfernung

Remmers Teampartner

Das Ende eines Anachronismus

Vor 75 Jahren wurden die Gutsbezirke aufgelöst. Denn bis dahin hatte es neben den Städten und Gemeinden auch Gutsbezirke als selbständige kommunale Körperschaften gegeben, landesweit über 350 in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein. Der Gutseigner, teilweise vertreten durch seinen Verwalter nahm dabei die Doppelfunktion sowohl des Gemeindevorstehers, als auch der Gemeindevertretung wahr, so dass diese Konstruktion zu Recht „als eine Art Fortsetzung des Absolutismus auf dem Lande“ (Oswald Hauser) bezeichnet wurde. Spätestens in der Weimarer Demokratie stellten die Gutsbezirke einen Anachronismus dar; trotzdem hatten sie Bestand bis zum Jahre 1928. Erst Ende 1927 verkündete die preußische Regierung: „Die bestehenden Gutsbezirke sind aufzulösen.“

Neuwittenbeks Gemeindevertretung beschloss am 23.1.1928 mehrheitlich, „dass der Gutsbezirk Warleberg zum Gemeindebezirk Neuwittenbek zugelegt wird“; hingegen fand die „Zulegung von Warleberg und Rathmannsdorf“ keine Mehrheit, obwohl sich einige Tage zuvor Neuwittenbeks Einwohnerschaft in einer Versammlung für „den Anschluss der Güter Warleberg und Rathmannsdorf“ ausgesprochen hatte.

Mit der Neuwittenbeker Entscheidung war der Weg frei, den Gutsbezirk Rathmannsdorf der vor 75 Jahren ebenfalls neu gegründeten Gemeinde Felm zuzulegen; die Felmer hatten bei ihren Versuchen, vor dem ersten Weltkrieg selbständig zu werden, eine Einbeziehung Rathmannsdorfs noch gar nicht verfolgt (das Dorf Felm gehörte bis dahin zum Gutsbezirk Kaltenhof). Da zum Gutsbezirk Rathmannsdorf auch das Dorf Altwittenbek gehörte, war damit zugleich auch der Anlass für ein jahrzehntelanges Streitverhältnis gesetzt; erst 1984 endete dies mit der Umgemeindung Altwittenbeks in die Gemeinde Neuwittenbek.

Durch Beschluss des preußischen Staatsministeriums vom 21.9.1928 wurde der Gutsbezirk Warleberg mit Wirkung zum 30. Sept. 1928 aufgelöst und in die Gemeinde Neuwittenbek eingegliedert. Aber erst im Jahre 1934 schlossen die Eigner des Gutes Warleberg und die Gemeinde Neuwittenbek den Auseinandersetzungsvertrag; Schwierigkeiten hatte es insbesondere wegen des Eckholzer Schulgrundstückes gegeben. Geregelt wurden aber auch die Übereignung der Warleberger Wehrgerätschaften wie auch die der öffentlichen Wegeflächen. „Wechselseitige Verpflichtungen aus der Zeit vor der Auflösung des Gutsbezirks, insbesondere auf dem Gebiete des Steuer- und Fürsorgewesen bestehen nicht“, hält der Vertrag fest, wie auch: „Die Parteien verzichten auf einen steuerlichen Ausgleich.“

Viele neue kleine Schilder

Sie sind wohl jedem aufgefallen, all diese kleinen Schilder mit den Zahlen darauf entlang der Kreisstraße und den Ortsdurchfahrten Alt- und Neuwittenbeks. Sie ersetzen die bisherigen weißen Betonsteine und dienen der Kilometrierung und befinden sich in 200 Meter-Abständen außerhalb der Ortschaften und 100 Meter-Abständen innerorts.

Die Kilometrierung der Kreisstraßen ist erforderlich, um die Durchführung von Baumaßnahmen und die Straßenunterhaltung zu gewährleisten. Auch die Telekom und die Schleswig bedienen sich u.a. dieser Kilometerangaben bei der Kabelverlegung und Störungsbeseitigung.

Besonders auffallend sind die neuen kleinen Schilder direkt hinter dem jeweiligen Leitpfosten außerhalb der Ortschaften. Es stellt sich die Frage, warum diese Kilometerangaben nicht direkt z.B. in Form eines Aufklebers an den Leitpfosten angebracht werden.



Dies würde den enormen Arbeitsaufwand reduzieren und somit Kosten sparen. Auf Anfrage bei der Straßenmeisterei erfuhr Wegeausschussvorsitzender W. Johst, dass es sich bei der jetzigen Form um die reine Umsetzung einer Vorschrift handelt. Damit die Daten an den Leitpfosten angebracht werden können, bedarf es zunächst einmal einer komplett neuen und somit kostspieligen Vermessung der Kreisstraßen, da dann neben den jeweiligen Kilometerangaben auch Angaben über Stationen und Bezirke aufgelistet werden müssen. So ist es an Landes- und Bundesstraßen bereits gängige Praxis.

Übrigens wird der Schilderwald noch weiter wachsen, denn demnächst sollen ebensolche kleinen Schilder noch für Fahrbahndurchlässe und als Ersatz für die bisherigen OD-Steine aufgestellt werden.

Kommunen sollen insgesamt um über 5 Mrd. € entlastet werden

von Ulrike Mehl, MdB

Der Deutsche Bundestag hat am 17. Oktober gegen die Stimmen von CDU/CSU und FDP das Gesetz zur Reform der Gewerbesteuer beschlossen.

Unser Konzept wird das kommunale Steueraufkommen schnell, spürbar und nachhaltig stärken und Städte und Gemeinden im ca. 3 Mrd. € jährlich entlasten. Zusammen mit den beschlossenen 2, später 2,5 Mrd. € Entlastung aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bringt das Gesamtpaket also Verbesserungen von 5,5 Mrd. € jährlich!

Beide Elemente gehören untrennbar zusammen, damit wirklich auch alle Kommunen eine bessere finanzielle Perspektive erhalten.

Die wichtigste Einnahmequelle einer Gemeinde

Die wichtigste Einnahmequelle einer Gemeinde ist die Gewerbesteuer - eine Steuer auf den Gewinn eines Unternehmens. Sie ist der Beitrag der Unternehmen für die von der Gemeinde aufgebaute Infrastruktur. Wir sprechen von dem Interessenband zwischen Unternehmen und Gemeinde, weil beide an wirtschaftlicher Dynamik interessiert sind und einerseits das Unternehmen die kommunale Infrastruktur benötigt, andererseits die Gemeinde das Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen etc. Dabei wird durch Freibeträge stets sichergestellt, dass nur Unternehmen mit höheren Gewinnen die Steuer überhaupt bezahlen. Wussten Sie, dass weniger als 10% aller Unternehmen Gewerbesteuer bezahlen?

Verantwortung und Steuergestaltung

Einerseits versuchen bestimmte Unternehmen ihre Gewinne in der Steuerbilanz möglichst gering darzustellen, denn wenig Gewinn bedeutet wenig Steuern. Andererseits will der Betrieb einen hohen Gewinn erzielen, um gegenüber den Anteilseignern bzw. Aktionären seinen Erfolg zu beweisen und auch seine Marktstellung zu festigen. Ein Dilemma? Nicht für die Unternehmen an die ich eben denke. Eigentlich ist klar, dass notwendige betrieblich bedingte Ausgaben eines Betriebs, z.B. wenn er ein Grundstück pachten oder eine Maschine leasen muss, den Gewinn vermindern, weil diese Pacht oder Leasingkosten Ausgaben sind – jedenfalls kein Gewinn! Oder doch? Ein Beispiel – wir nennen es „Gesellschafterfremdfinanzierung“: Ein Unternehmer gibt seinem eigenen Unternehmen ein Darlehen. Es entstehen Zinsen für das Unternehmen, die aber sozusagen an sich selbst, bzw. den Unternehmer zu bezahlen sind. Es könnte auch sein, dass das Unternehmen eine Tochterfirma gründet, auch sehr gut im Ausland möglich, und von der eigenen Tochter eine Maschine mietet – so wird der Gewinn in Deutschland gemindert, und damit die

Steuerzahlung in Deutschland, die Kosten aber, bzw. der so verwendete Gewinn bleiben im eigenen Haus bei der Tochter.

Im Ergebnis solcher – wie wir sagen – Steuergestaltungen (keine Hinterziehung, keine Tricks, sondern legale Möglichkeiten - aber ärgerlich für die öffentlichen Einnahmen), erhalten deutsche Kommunen keine Steuern, trotz im Konzern verbleibenden Gewinns. Gleichwohl fahren die Laster dieses Konzerns natürlich auf den Straßen unserer Gemeinde und die Bauleitplanung für Gewerbe und hoch geförderte Gewerbestandorte werden von allen Steuerzahlern bzw. der Kommune bereit gestellt, während sich viele Unternehmen an deren Finanzierung über die Gewerbesteuer wenig bis gar nicht beteiligen.

Die Kommune und die Weltlage

Hauptsächlich aus solchen Gründen der „Steuergestaltung“, aber auch auf Grund der weltweiten Wachstumsschwäche und dem Zusammenbruch vieler Aktienwerte, insbesondere denen des Neuen Marktes, sind die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen stark schwankend und gegenwärtig viel zu niedrig. Außerdem wurden in den 90er Jahren zu viele Aufgaben vom Bund auf die Kommunen übertragen, ohne die Finanzierung sicher zu stellen.

Helmut Kasputtis

24214 Schinkel • Hauptstraße 47
Tel./Fax: 0 43 46 / 69 67

Fahrräder

Motorroller

Rasenmäher

Verkauf Ersatzteile Service

Bundestag in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden

Aus all diesen Gründen kümmern wir uns um die Reform der Gewerbesteuer, die künftig Gemeindefinanzierungssteuer heißt, um den Charakter der Steuer schon mit dem Namen zu beschreiben. Natürlich in enger Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Die jetzt beschlossene Lösung umfasst folgende Hauptkomponenten:

- Steuermindernde Gestaltungen zwischen verbundenen Unternehmen werden verhindert. So werden z. B. Mieten, Pachten, Leasingraten, Lizenzgebühren oder Zinsen für Darlehen, die an sich selbst gezahlt werden als Gewinn aufgefasst und sind zu versteuern.
- Das Steuersystem wird vereinfacht, in dem die fünfstufige Staffelung des Steuersatzes wegfällt und durch einen einheitlichen Satz von 3,2% ersetzt wird.
- Für Personenunternehmen und Freiberufler gibt es einen Freibetrag von 25.000 Euro. Für Gewinne von 25.000 bis 35.000 Euro gilt als Mittelstandskomponente nur der halbe Steuersatz. Für Körperschaften, also AG, GmbH etc. gilt dies nicht.
- Freiberufler, die bisher keine Gewerbesteuer bezahlen, werden in die Gemeindefinanzsteuer mit einbezogen. Sie zahlen die Steuern an die Gemeinde, bekommen dies aber durch Verrechnung mit der Einkommensteuer zurück erstattet. Hier findet also eine Umverteilung vom Bund und den Ländern direkt zur Kommune statt.
- Ergänzend, um eine schnelle Verstärkung der Kommunalfinanzen zu erreichen, wird die Gewerbesteuerumlage von 29% auf 22%, ab 2006 auf 19%, gesenkt.
- Die Gemeindefinanzsteuer für die Unternehmen ist künftig keine Betriebsausgabe mehr, zum Ausgleich wird der Steuersatz, also die Steuermesszahl, einheitlich von 5% auf 3,2% gesenkt.

So werden die Einnahmen der Kommunen wieder verstetigt und die Lasten für die Steuerpflichtigen gerechter verteilt.

Malermmeister Volker Petersen

Ihr Fachmann für Farbe rund um's Haus

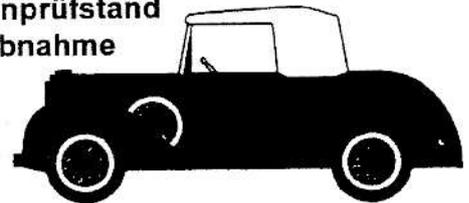
24214 Altwittenbek, Altwittenbeker Straße 23a
Telefon 04 31 / 31 98 063
Fax: 04 31 / 31 98 062

In ihren ersten Stellungnahmen haben die kommunalen Spitzenverbände das beschlossene Konzept zur Gewerbesteuerreform begrüßt und die Union aufgefordert, die Gemeindefinanzreform nicht zu blockie-

ren, sondern im Bundesrat mit zu beschließen. „Parteitaktik sollte zurücktreten, damit den Städten und ihren Bürgerinnen und Bürgern jetzt rasch geholfen wird“, so die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU), Präsidentin des Deutschen Städtetages, in einer Pressemitteilung am 10.10.2003.

Leider hat sich der CDU-dominierte Bundesrat am 07. November dieser Verantwortung nicht gestellt, sondern die entsprechenden Gesetze in den Vermittlungsausschuss überwiesen. Ob die dringend notwendige Entlastung der Kommunen nun schnell kommen kann, ist also wieder offen.

**Unfallschäden
Richtarbeiten
Bremsenprüfstand
TÜV - Abnahme**



**Auto -Center Hülle
KFZ - Service**

Hauptstraße 42
24214 Neuwittenbek
Telefon 04346 - 8876

Kfz-Rep. - alle Fabrikate
An- und Verkauf
sowie gebr. Kfz- Teile

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig darauf hin zu weisen, dass die Bundesregierung mit ihrem Steuervergünstigungsabbaugesetz bereits Anfang des Jahres einen Versuch unternommen hat, Schritte gegen die bestehende Finanzkrise einzuleiten. Dieses Gesetz, das die CDU/CSU und die FDP mit ihrer Mehrheit im Bundesrat verhindert haben, sah den Abbau von 48 Steuersubventionen vor und hätte von 2003 bis einschließlich 2006 Mehreinnahmen von rund 42 Milliarden Euro gebracht, davon gut 18 Milliarden Euro für die Länder und 6,7 Milliarden Euro für die Kommunen. Im Vermittlungsausschuss verweigerte sich dann der CDU-dominierte Bundesrat und ließ lediglich die Erhöhung der Körperschaftsteuer passieren. Diese soll nur noch Mehreinnahmen von insgesamt knapp 4,4 Milliarden Euro bringen. Damit hat die CDU auch den Ländern und Gemeinden geschadet. Für die Kommunen bleiben nur noch 600 Mio. Euro übrig – also nur noch 9% der ursprünglichen Summe.

Das Land Schleswig-Holstein und seine Gemeinden hätten mit dem Steuervergünstigungsabbaugesetz von 2003-2006 schätzungsweise 548 Mio. € mehr in der Kasse gehabt (davon 180 Mio. € Gemeinden), allein

in 2003 wären es ca. 40 Mio. € (davon Kommunen: 8 Mio. €) und 2004 ca. 125 € (davon Kommunen 39 Mio. €) mehr gewesen.

So lange die Bundesratsmehrheit weiter eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte blockiert, sehe ich leider keine Spielräume für weitere Entlastung der Kommunen.

SPD (Spät) – Sommerfest

Wie im Vorjahr hatte der SPD – Ortsverein die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde zu seinem Sommerfest am 06. September auf das Spielplatzgelände eingeladen. Die Veranstalter misstrauten nach dem schönen Sommer wohl dem Wetter, hatten sie doch extra bei der AWO in Gettorf ein großes Zelt gemietet. Doch der Wettergott war mit ihnen, und so trugen sie denn nach und nach alle Tische und Bänke aus dem Zelt ins Freie, um mit ihren Gästen einen schönen Abend zu erleben.

Es begann mit Wettspielen für die Kinder, dann hatte man viel Spaß beim gemeinsamen Grillen. Wer keine kleinen Kinder ins Bett zu bringen hatte, blieb lange, um sich mit Freunden und Nachbarn beim Klönschnack auszutauschen.

Auch dieses Jahr hat der Ortsverein alle Getränke vom Wittenbeker Höker bezogen.

Keine Adventsaktion in 2003

Der SPD – Ortsverein Neuwittenbek wird in diesem Jahr keine Adventsaktion durchführen.



„Wir wollten vermeiden, zum DRK Weihnachtsbasar in Konkurrenz zu treten, beide Termine wären auf dasselbe Wochenende gefallen“ erklärte der Ortsvereinsvorsitzende Jürgen Strack. „Im nächsten Jahr wollen wir wieder aktiv werden“.

Vom Erlös des letzten Jahres hatten die Genossen ein Spielgerät („Wumpy“, siehe NDG 2/2003) für die Kinder im Imbrook aufgestellt.



DIE REDAKTION DES
NEUWITTENBEKER DORF-GEFLÜSTER
WÜNSCHT
ALLEN LESERINNEN UND LESERN

EIN FRIEDLICHES JAHR 2004

GESUNDHEIT

EIN FROHES WEICHNACHTSFEST

EINEN GUTEN START IN EIN
ERFOLGREICHES NEUES JAHR

UND DIE ERFÜLLUNG IHRER
PERSÖNLICHEN WÜNSCHE



BRUHN

TECHNISCHE DIENSTLEISTUNGEN

*Hausmeister-Service
Dachrinnenreinigung
Glas- und Sandstrahlarbeiten*

Ingo Bruhn
Hauptstraße 7
24214 Neuwittenbek
Tel.: 04346 / 69 59
Mobil: 0174 / 750 63 52